

Pressespiegel vom 11.01.2012

Dresdner Neueste Nachrichten

Dresden-Nazifrei prangert „Modell Sachsen“ an - neue Proteste im Februar

Stephan Lohse

Dresden. Rund einen Monat vor den erneuten Protesten gegen den geplanten Neonazi-Aufmarsch am 13. und 18. Februar hat das Aktionsbündnis Dresden-Nazifrei noch einmal Stellung gegen das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft bezogen. Es gebe „keine rechtsstaatlichen Grenzen“ bei der Verfolgung von Blockaden, stattdessen Repression und Kriminalisierung.

So gebe es bis jetzt 70 bis 80 Verfahren gegen Blockierer, drei wegen Landfriedensbruchs sowie mehrere wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, berichtet Anwältin Kristin Pietrzyk. Dabei sei die Arbeit der Angeklagten stark eingeschränkt. „Die Repression ist schon die Strafe“, sagte die Juristin und meint unter anderem die Anklage gegen Lothar König.

Der Jenaer Jugendpfarrer, gegen den wegen seiner Aktivitäten am 19. Februar 2011 ermittelt wird, fühle sich an das Vorgehen der Stasi erinnert. „Die Vorwürfe sind hanebüchen“, sagt König, der die Anklage gegen sich als politisch und nicht juristisch einschätzt. „Der Ausgang ist nicht ganz klar. Aber Sachsen traue ich alles zu.“ Sein Leben und seine Arbeit hätten sich verändert. Die „Lebenslust“ gehe irgendwann verloren, fürchtet er.

König soll am 19. Februar in Dresden Gegendemonstranten gegen mehrere rechtsextreme Aufmärsche zu gewaltsamen Übergriffen auf Polizisten aufgewiegelt haben. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm deshalb schweren Landfriedensbruch vor. Dresden-Nazifrei allerdings beruft sich auf den eigenen „Aktionskonsens“, der friedliches und gewaltfreies Verhalten voraussetze. „Die wollen wir nicht“, sagte Nazifrei-Sprecher Stefan Thiele, als er auf Gewalttäter angesprochen wurde. Man habe keinerlei Interesse an Straßenschlachten. Es gehe ausschließlich um friedliche Blockaden.

Für den Februar rechnet er wie in den Vorjahren mit rund 15.000 Teilnehmern. Dabei werde sich der Zulauf aus ganz Deutschland auf den Samstag, also den 18. Februar, konzentrieren. Am 13. Februar selbst seien wieder die Dresdner aufgerufen, sich den Nazis in den Weg zu stellen. „Wir lassen uns nicht einschüchtern“, gibt sich Thiele kämpferisch.

Nachdem sich seit Februar 2011 der Geschäftsführer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) unter anderem wegen seiner Fahne einer Anklage wegen vierfachen schweren Landfriedensbruchs und versuchter Sprengung einer Versammlung ausgesetzt sieht, sollen in diesem Jahr möglichst viele Teilnehmer mit bunten Fahnen zu den Anti-Nazi-Demos kommen. Am 13. und 18. Februar heiße es in diesem Jahr deutlich: „Flagge zeigen gegen Rechts“.

© DNN-Online, 10.01.2012, 14:41 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Dresden-Nazifrei-Grosses-Echo-auf-Blockadeaufruf-fuer-Neonazi-Demo-336710620>

Schweigen statt jammern

Von Thomas Baumann-Hartwig

Wer nicht verbotene Versammlungen stört, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahre oder Geldstrafe bestraft, heißt es im Versammlungsgesetz. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ ruft zu Straftaten auf, wenn es die Dresdner zu Blockaden der Naziaufmärsche im Februar auffordert.

Es ist unerträglich, Rechtsextreme durch Dresden marschieren zu sehen. Wer sich Nazis aus Gewissensgründen in den Weg stellt, verdient Respekt. Höchsten Respekt würden aber diejenigen verdienen, die erst ihrem Gewissen folgen und dann schweigend die Konsequenzen tragen. Statt lautstark über eine „Kriminalisierung“ zu jammern und statt Polizisten, Staatsanwälte und Richter, die lediglich ihre Arbeit machen, zu diffarmieren.

Einen Monat vorm 13. Februar: „Nazifrei“ kündigt neue Blockaden an – Auch OB Orosz beteiligt sich an Demo gegen die Braunen

Zwei erfolgreiche Blockaden von geplanten Nazi-Aufmärschen. An diese Erfolge will das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ 2012 anknüpfen. „Wir lassen uns nicht abschrecken“, so Bündnis-Sprecher Stefan Thiele. Gut einen Monat vor dem 13. und 18. Februar kritisieren Nazi-Gegner „Einschüchterungsversuche der Strafverfolgungsbehörden“.

„Wenn man der Staatsanwaltschaft glaubt, ist das hier eine Verbrecherbande“, zeigt Thiele auf Linke-Landtags-Fraktions-Chef André Hahn, den Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Markus Tervooren, und den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König. Ermittlungen, Anklagen und Strafbefehle gegen sie seien rein „politisch motiviert“.

„Diffarmieren, isolieren und kriminalisieren“, so König. „Das war die Vorgehensweise der Stasi – und es passiert wieder.“ Das beeinträchtigt die Arbeit und die Lebensqualität. Auch erneute massenhafte Erfassung von Handydaten erwarten die Nazi-Gegner.

Thiele rechnet trotzdem mit mindestens so vielen Teilnehmern an den Blockaden am 18. Februar wie 2011 – da waren es rund 15 000. 220 Organisationen und 1 500 Einzelpersonen unterstützen bereits den Aufruf. Thiele: „Das ist zwar ein Regelübertritt, aber sonst wären die Nazis weiter unbehelligt marschiert.“

Da auch Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) zum friedlichen Protest gegen Rechte aufruft, fordert Hahn eine neue „Willkommenskultur“: „Es kann nicht sein, dass Busse vor der Stadt gestoppt werden und Gegner kilometerweit laufen müssen, um gegen Nazis zu protestieren!“

Für den 13. Februar gibt es bisher acht angemeldete Veranstaltungen (darunter Menschenkette und Heidefriedhof) und für den 18. Februar fünf Veranstaltungen (inklusive Nazi-Marsch). Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) will bei der Menschenkette am 13. Februar und der Gegendemo am 18. Februar dabei sein.

Sächsische Zeitung

Großes Echo auf Blockadeaufruf

Dresden. Der rechtlich umstrittene Aufruf zur Blockade der für den 18. Februar in Dresden geplanten Neonazi-Demonstration ist nach Angaben der Veranstalter auf großes Echo gestoßen. Der Sprecher des Bündnisses „Dresden nazifrei“, Stefan Thiele, sagte gestern in Dresden, man rechne mit mehr als 10000 Menschen, die in Sachsens Landeshauptstadt reisen werden.

Dresden erinnert alljährlich im Februar an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme nutzen den Anlass immer wieder für Aufmärsche. „Von unseren Blockaden soll keine Eskalation ausgehen“, sagte Thiele. Das sei Konsens. „Wir wollen den Nazi-Aufmarsch verhindern.“ Im Vorjahr hatten sich etwa 15 000 Menschen an Blockaden beteiligt. (dpa)

<http://www.sz->

[online.de/Nachrichten/Sachsen/Grosses_Echo_auf_Blockadeaufruf/articleid-2959255](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Grosses_Echo_auf_Blockadeaufruf/articleid-2959255)

Großes Echo auf Blockadeaufruf für Neonazi-Demo

Zweimal ist es in Dresden gelungen, große Neonazi-Aufmärsche zu verhindern. Tausende beteiligten sich an Blockaden, die rechtlich aber umstritten sind. Im Februar ist es wieder so weit. Der Aufruf zu zivilem Ungehorsam läuft bundesweit.

Dresden. Der rechtlich umstrittene Aufruf zur Blockade der für den 18. Februar in Dresden geplanten Neonazi-Demonstration ist nach Angaben der Veranstalter auf großes Echo gestoßen. „Trotz aller Repressionen gegen Teilnehmer früherer Blockaden haben wir viele Unterstützer“, sagte der Sprecher des Bündnisses „Dresden nazifrei“, Stefan Thiele, am Dienstag in Dresden. Das Bündnis rechne mit mehr als 10.000 Menschen, die in Sachsens Landeshauptstadt reisen werden. Den bundesweit verbreiteten Aufruf „Block Dresden 2012“ hätten mittlerweile mehr als 1.500 Einzelpersonen und 220 Organisationen unterzeichnet.

Dresden erinnert alljährlich im Februar an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme nutzen den Anlass für Aufmärsche. 2010 und 2011 konnten wegen Blockaden keine Neonazis durch die Stadt laufen. Im vergangenen Jahr gab es dabei gewaltsame Ausschreitungen von Linken und Rechten. „Von unseren Blockaden soll keine Eskalation ausgehen“, sagte Thiele. Das sei Konsens. „Wir wollen den Nazi-Aufmarsch verhindern.“ Im vergangenen Jahr hätten sich etwa 15.000 Menschen an Blockaden beteiligt.

Noch bis zu 80 Ermittlungsverfahren anhängig

Das Bündnis will sich auch nicht von noch immer laufenden Ermittlungen gegen Blockierer der vergangenen Jahre abhalten. Das machten unter anderen der Fraktionschef der Linken in Sachsens Landtag, André Hahn, und der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König stellvertretend für die Betroffenen deutlich. Aus ihrer Sicht steht es Demokraten zu, sich auch gegen nicht verbotene Aufmärsche von Rechten zu wehren.

Die Staatsanwaltschaft Dresden und auch die CDU/FDP-Koalition in Sachsen halten Blockaden von de facto genehmigten Demonstrationen dagegen für eine Straftat. Die Opposition und das „Bündnis Nazifrei!“ verweisen wiederum auf das Recht von Gegendemonstrationen und sehen sich durch Urteile aus anderen Bundesländern im Recht. Nach Angaben des Bündnisses laufen wegen früherer Blockaden unter anderem noch 70 bis 80 Ermittlungsverfahren. Dadurch wolle man sich aber nicht einschüchtern lassen. (dpa)

<http://www.sz->

[online.de/Nachrichten/Dresden/Grosses_Echo_auf_Blockadeaufruf_fuer_Neonazi-Demo/articleid-2959125](http://www.sz-online.de/Nachrichten/Dresden/Grosses_Echo_auf_Blockadeaufruf_fuer_Neonazi-Demo/articleid-2959125)

Mitteldeutscher Rundfunk

Widerstand gegen Rechtsextreme: Bündnis "Dresden Nazifrei" beklagt Repression

Rund einen Monat vor dem nächsten Aufmarsch von Rechtsextremen in Dresden hat das Bündnis "Dresden Nazifrei" das Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei gegen Demonstranten kritisiert. Bündnissprecher Stefan Thiele sagte am Dienstag in Dresden, die sächsischen Behörden würden "in ihrem Verfolgungseifer keine rechtsstaatlichen Grenzen" mehr kennen. Die Vorwürfe der Behörden, unter anderem schwerer Landfriedensbruch, Sprengung einer Versammlung und Bildung einer kriminellen Vereinigung, würden an willkürlich ausgewählten Personen festgemacht. Gegen Blockade-Teilnehmer aus den Vorjahren laufen laut Thiele noch mehr als 70 Strafverfahren.

Großes Echo auf erneuten Blockadeaufruf

Nach seinen Angaben ist der umstrittene Aufruf zur Blockade des Nazi-Aufmarsches am 18. Februar in Dresden auf ein großes Echo gestoßen. "Trotz aller Repressionen gegen Teilnehmer früherer Blockaden haben wir viele Unterstützer", sagte Thiele. "Wir lassen uns nicht einschüchtern", erklärte der Aktivist. An dem Protest sollten "Kinder wie Greise ohne Angst teilnehmen können". Das Bündnis rechne mit mehr als 10.000 Menschen, die in die sächsische Landeshauptstadt reisen werden. Den bundesweit verbreiteten Aufruf hätten mittlerweile mehr als 1.500 Einzelpersonen und 220 Organisationen unterzeichnet. Zu den prominentesten Unterstützern zählen die Rockband "Tote Hosen" und der Liedermacher Konstantin Wecker. Das linke Bündnis ruft bereits zum dritten Mal zu Massenblockaden der Naziaufmärsche vor dem Hintergrund des Gedenktages an die Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg auf. Im vergangenen Jahr hatten sich an den Blockade-Protesten gegen Neonazis über 15.000 Menschen beteiligt. Dabei kam es zu teilweise heftigen Krawallen zwischen Blockierern und der Polizei.

Justizminister hält erneute Handyüberwachung für möglich

Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) hatte Ende Dezember erklärt, er schließe auch während der erneuten Proteste gegen die Neonaziaufmärsche Handy-Überwachungen nicht aus. Martens hatte in einem Interview erklärt, Gewalttäter, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen, bekämen "Probleme mit dem Staatsanwalt". "Wer gewalttätig ist, muss damit rechnen, dass

gegen ihn mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen wird, also auch nötigenfalls seine Daten von den Ermittlungsbehörden abgefragt werden", sagte der Justizminister.

Erstmals Kundgebung in "Hör- und Sichtweite" der Nazis

Stadtspitze, Stadtratsfraktionen, Gewerkschaften und Kirchen haben rund um den Jahrestag der Zerstörung Dresdens zum gemeinsamen Protest und Aktionen gegen Rechts aufgerufen. Sie stehen unter dem Motto "Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe". Geplant ist am 13. Februar erneut eine Menschenkette rund um die Altstadt und am 18. Februar erstmals eine Kundgebung in "Hör- und Sichtweite" der Naziversammlung. Die Stadt lehnt Blockaden genehmigter Umzüge ab, hat aber erstmals eine parteiübergreifende "Arbeitsgruppe 13. Februar" ins Leben gerufen.

Zuletzt aktualisiert: 10. Januar 2012, 15:12 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/klage-gegen-repression100.html>

Radio Dresden

13. Februar wirft seine Schatten voraus

Der rechtlich umstrittene Aufruf zur Blockade der für den 18. Februar in Dresden geplanten Neonazi-Demonstration ist nach Angaben der Veranstalter auf großes Echo gestoßen. Das Bündnis rechnet mit mehr als 10.000 Menschen, die nach Dresden kommen werden. Den bundesweit verbreiteten Aufruf hätten mehr als 1.500 Einzelpersonen und 220 Organisationen unterzeichnet.

Dresden erinnert alljährlich im Februar an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme nutzen den Anlass für Aufmärsche. 2010 und 2011 konnten wegen Blockaden keine Neonazis durch die Stadt laufen. Im vergangenen Jahr gab es dabei gewaltsame Ausschreitungen von Linken und Rechten. «Von unseren Blockaden soll keine Eskalation ausgehen», sagte Thiele. Das sei Konsens. <http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalnachrichten/13-februar-wirft-seine-schatten-voraus-505261/>

Radio PSR

Bündnis "Dresden Nazifrei" kritisiert Polizei

11.01.2012, 09:57 Uhr

Knapp einen Monat vor dem erneuten Nazi-Aufmarsch in Dresden, kritisiert das Bündnis "Dresden Nazifrei" bereits die Polizei. Nach Ansicht des Bündnisses kriminalisieren die Behörden den Protest von Links. Als Beispiel nannten die Organisatoren die massenhafte Abfrage von Handydaten bei den Anti-Nazi-Demos im vergangenen Jahr. Das Bündnis hatte für dieses Jahr wieder einen Aufruf gestartet, den Marsch der Rechten zu blockieren. 1.500 Menschen und 220 Organisationen haben bisher ihre Unterstützung zugesagt.

http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2691306/Buendnis_Dresden_Nazifrei_kritisiert_Polizei.html

BILD, Ausgabe Dresden

Großes Echo auf Blockadeaufruf für Neonazi-Demo

Dienstag, 10. Januar 2012, 14:44 Uhr

Dresden (dpa/sn) - Der rechtlich umstrittene Aufruf zur Blockade der für den 18. Februar in Dresden geplanten Neonazi-Demonstration ist nach Angaben der Veranstalter auf großes Echo gestoßen. «Trotz aller Repressionen gegen Teilnehmer früherer Blockaden haben wir viele Unterstützer», sagte der Sprecher des Bündnisses «Dresden nazifrei», Stefan Thiele, am Dienstag in Dresden. Das Bündnis rechnet mit mehr als 10 000 Menschen, die in Sachsens Landeshauptstadt reisen werden. Den bundesweit verbreiteten Aufruf hätten mittlerweile mehr als 1500 Einzelpersonen und 220 Organisationen unterzeichnet.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/grosses-echo-auf-blockadeaufruf-fuer-neonazidemo-21996996.bild.html>

Glaubt ihr, dass Dresden euren Krawall will? - BLOCKADE-ORGANISATOREN rechnen mit 15 000 DEMONSTRANTEN am 18. Februar

Von A. HARLASS und C. LORD

Dresden – Sie fühlen sich politisch verfolgt. Aber für die Ausschreitungen von Linksextremisten mit verletzten Polizisten und brennenden Barrikaden in nunmehr jedem Februar wollen sie nicht verantwortlich sein: das Bündnis „Dresden Nazifrei“.

Gestern kündigten die Aktivisten an, dass es in diesem Jahr erneut zu Blockaden in Dresden kommen wird.

„Bundesweit gibt es ein riesiges Interesse, sich daran zu beteiligen“, rechtfertigt Bündnis-Sprecher Stefan Thiele. Er rechnet mit über 15 000 Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet. Wie im Vorjahr auch, als 118 Polizisten verletzt wurden.

Zwar würden von den Blockierern angeblich keine Gewalt ausgehen, aber für Aktivitäten anderer Gruppen in deren Fahrwasser sei man auch „nicht bereit, die Verantwortung zu übernehmen“.

Demonstrant und Pfarrer Lothar König aus Jena sprach von „riesiger Wut“, die sich bei jungen Leuten seiner Gemeinde angestaut habe.

Was die Dresdner Bürger von den angereisten Demo-Touristen halten, ist dem Bündnis offenbar weitestgehend schnuppe. Thiele: „Eine Meinungsumfrage haben wir nicht gemacht. Viele haben Angst vor Blockaden, die wird von sächsischen Behörden geschürt.“

Zynisch sagt Markus Tervooren vom Bund der Antifaschisten (angereist aus Berlin): „Mag sein, dass sich nicht alle freuen, dass ein Einkaufswochenende versaut wird.“
